

Volks-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten, Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die Halle-Zeitung erscheint wöchentlich dreimal und zwar als Halbblatt. Die Tagesausgabe beträgt in Halle und Land sowie durch die Post frei Zustellung monatlich M. 12.00, in den Ausgabestellen abwechselnd M. 11.00 monatlich. Die abgeheftenen halbjährigen-Millimeter-Zeile kostet im Oktoberhefte M. 1.20, im ansonstigen Verfall M. 1.50. Restlosam die Millimeter-Zeile M. 4.00 im Oktoberhefte und 5.00 im ansonstigen Verfall. Anzeigen-Zeile: Vier bis zwanzigmalig.

Belegblätter: Halle a. S., Neue Domstraße 1 und Große Domstraße 17. Fernsprech-Nummern: Gesamt-Nummern 1140 und 1142. Einzel-Belegblätter: Markt 24. Druck-Veranstaltung: „Zeitungsausgaben-Gesellschaft“ Halle a. S., Postfach-Nummer: 22333. Anzeigenpreis und Verteilung: Halle a. S. durch die Halle-Zeitung, in den übrigen Orten durch die Postanstalten. Die Halle-Zeitung ist im Verlage der Halle-Zeitungsgesellschaft in Halle a. S., Postfach-Nummer: 22333. Anzeigenpreis und Verteilung: Halle a. S. durch die Halle-Zeitung, in den übrigen Orten durch die Postanstalten.

Rücktrittsabsichten Lloyd Georges?

Der englische Premierminister hat an Chamberlain, den Führer der Unionisten, ein Schreiben gerichtet, in dem er sich über die Intrigen gegen seine Person und den vorläufigen Versuch, der Koalition ein Ende zu machen, besorgt und mitteilt, daß er sich keine demütigenden Verhältnisse nicht länger unterwerfen könne. Damit hat die Krise ihren Höhepunkt erreicht, die schon seit Wochen vorhanden war und sich in dem Kampf um Neuwahlen ausdrückte. Denn es ist kein Zweifel, daß die Hauptaufgabe des unionistischen Kabinetts, das dem Kabinett Lloyd George folgen würde, die Auflösung des Parlaments und die Herbeiführung baldiger Neuwahlen wäre. Um diese Neuwahlen wird England freilich nicht in absehbarer Zeit nicht hinwegkommen, denn jede Neuwahl in letzter Zeit hat eine Niederlage der Regierung und einen Sieg der Arbeiterpartei bedeutet. Die alle Koalition, die ihr Dasein den Kabinettswechseln verdankt, wird infolgedessen innerlich von Tag zu Tag drückender und die Schwierigkeiten nehmen einen Umfang an, der es verständlich erscheinen ließe, wenn Lloyd George wirklich amtsübrig wäre. Smerethin muß man aber mit der Möglichkeit rechnen, daß das Schreiben Lloyd Georges ein Unionistenführer vorklappelt nur ein Scherzstück ist, denn Lloyd Georges Rücktritt würde immerhin eine so bedenkliche innerpolitische Lage schaffen, daß es niemandem gelassen wäre, so leicht die Verantwortung dafür zu übernehmen. Es ist durchaus möglich, daß Lloyd Georges Stellung aus dieser Krise nur befestigt herorgeht.

Lloyd George gegen die Intrigen in der Koalition. Der Brief an Chamberlain.

Die von der englischen Regierungsbüro herausgegebene Abrechnung „Colony Post“ bekräftigt die Meldung des „Daily Telegraph“, daß Lloyd George an Warden Chamberlain einen Brief geschrieben hat, in dem er mitteilt, daß er nicht länger mit ihm zusammengehen vermöge, wenn Sir George Younger als Vorkämpfer der Unionistischen Partei auftreten würde. Er wolle zusammenarbeiten mit Chamberlain und Balfour, solange diese Vorkämpfer der Partei seien. Der Premierminister soll ferner dem Führer des unionistischen Fraktions der Koalition mitgeteilt haben, daß er sie vor die Alternative stellen müsse, entweder die Koalition vollkommen aufgelöst, oder er stelle als Ministerpräsident und Kabinettsführer zurücktreten.

Innerhalb der Unionisten tritt am nächstbedeutendsten Balfour für Lloyd George ein. Wie in Parlamentstreffen verlautet, trägt sich Balfour mit der Ansicht, demnach in schärfster Form gegen die Opposition aufzutreten und an sie öffentlich die Frage zu richten, durch welche Art von Politik sie die politischen Pflichten Lloyd Georges erfüllen will.

Der in vorstehender Meldung genannte Sir George Younger ist „dieß Whig“, d. h. Parteimitglied der unionistischen Parteiorganisation, eine Stellung, die etwa der des Parteiorganisationsleiters entspricht.

Vier Donnerstag hatte sich in der politischen Krise nichts geändert. Jedenfalls deuten Anzeichen darauf hin, daß die Anhänger der gemäßigten Richtung alles tun, um die Koalition zu retten.

Wiederholte Gerüchte über die Koalition ist entstanden, weil sie ein unnatürliches Bündnis darstellt und zu Kompromissen und Ausflüchten gezwungen war.

Daily Telegraph äußert sich: In wohlunterrichteten Kreisen herrscht die Hoffnung vor, daß die Schwierigkeiten überwunden werden und die Koalition vor dem Bruch bewahrt wird.

Die Times schreibt: Es bestehen keine Gegenstände in der unionistischen Partei hinsichtlich der Frage, ob man Lloyd George folgen soll. Das Blatt meint, wahrscheinlich werde die große Mehrheit der führenden Chamberlains folgen. In einigen Kreisen wird vorgeschlagen, Balfour aufzufordern, ein Verlesens-Kabinettskabinett zu bilden und zwar mit Unterstützung der Unionisten, die eine ausreichende Mehrheit über alle übrigen Parteien im Unterhause besitzen. Jedenfalls würde eine solche Regierung mit der Zeit auf Schwierigkeiten stoßen.

Die Kontrolle der deutschen Wehrmacht.

England gegen die französischen Gründe.

Paris, 2. März. Die Vorkriegskonferenz hat sich gestern vormittag mit der Frage der Aufrückhaltung einer strengen Kontrolle der deutschen Wehrmacht beschäftigt. Der englische Botschafter Harding brachte ein neuerliches Schriftstück des Foreign Office zur Vorlesung, in dem wieder an der Zurückweisung der von Frankreich vorgebrachten Gründe gehandelt.

Boulogne und Genua.

Die römische „Stampa“ findet, daß Lloyd George in Boulogne geigt habe. Zwar habe Voltaire in gewissen Punkten Sicherheit sowie Festlegung der bereits von Briand erzwungenen Garantien erzielt, aber Voltaire's Manöver, die Konferenz von Genua auf unbestimmte Zeit zu verlagern oder auf einer Entente-Konferenz herabzuwürdigen, auf der Deutschland und Rußland gemäßigter als der französische Reichstag erschienen sollten, sei gescheitert. Die Konferenz von Genua werde trotzdem nur eine abendliche Unterhaltung bleiben, falls man nicht isowiederum

die deutschen Reparationen erörtere. Dies zu unterlassen, wäre unglücklich und absurd.

Berlin, 1. März. (Eigene Drahtnachricht.) In tiefsten diplomatischen Kreisen verlautet mit Bestimmtheit, daß der hauptsächlichste Beratungspunkt der Konferenz von Genua die große internationale Anleihe sein werde, durch die es Deutschland ermöglicht werden könnte, seine Währung zu stabilisieren.

Sämtliche baltischen Staaten entschlossen sich, sich auf der Konferenz von Genua gemeinsam vertreten zu lassen und ihre Neutralisierung zu fordern.

Ein weißer Kabe.

Die deutschnationalen Presse darunter auch die „Kreuzzeitung“, hat übereinstimmend verurteilt, das Ergebnis von Boulogne bedeute die Entwertung von Genua und sei ein neuer Beweis für die Verfehltheit der Erfüllungspolitik. Zu einem wesentlich anderen Urteil kommt Prof. Goepfert, der bekanntlich deutschnationaler Reichstagsabgeordneter ist, in seiner außenpolitischen Wochenschau in der „Kreuzzeitung“. Er schreibt:

„In dem Sinne, den man in Deutschland vielfach unterlegt, konnte es von vornherein davon nichts erwarten. Aber daß die Konferenz stattfindet, ist von Wert. Es ist ein Fortschritt von der Brille der Konferenz verantwortungsvoller Franzosenkreisläufer zur Konferenz der Staatsmänner. Es ist ein Fortschritt von einer Konferenz, in der Deutschland als einziger Angeklagter gemißtrautet (wie in London) dastand, zu einer „Front der Besetzten“, die sich in Genua den Entente-Ministern entgegenstellen soll. Und wenn auf der Konferenz über die deutsche Reparation nicht gesprochen wird, so muß vorher darüber gesprochen werden. In den großen Zusammenhang des wirtschaftlichen Wiederaufbaugesanges drängt sich ganz von selbst und unweigerlich die deutsche Reparationsfrage ebenso herein, wie die Forderung Frankreichs auf die russischen Kriegsschulden oder die der Vereinigten Staaten auf Nordamerika. Und es ist schließlich ein Fortschritt, daß der englische Staatsmann, den jetzt die Niederlagen der Koalition in den Köpften bedrängen, im Hinblick auf seine Wahlbewegung für diese Konferenz mit seiner Verfehltheit und seinem ganzen staatsmännlichen Renommee seltigste. Unter keinen Umständen sollen wir nun nach Boulogne die Vorbereitungen auf die Konferenz liegen lassen oder vernachlässigen. Großes zu unseren Gunsten war von ihr überhaupt nicht zu erwarten, aber wir haben im Augenblick keinen anderen Weg, die oft geschickelten Fragen weiter zu bringen, als derartige, die immer mehr erweiternde Konferenzen, die späterhin auch Nordamerika, schließlich auch die Neutralen und die Südamerikaner umfassen werden.“

Es ist leider nicht zu hoffen, daß Reichstagsabg. Prof. Goepfert mit dieser sachlichen, leidenschaftlichen Auffassung der Dinge bei seinen Parteifreunden sobald Zustimmung finden wird.

Die freie Getreidewirtschaft.

Abstimmung im Hauptausfluß — 16 gegen 13 Stimmen.

Der Hauptausfluß des Reichstages Landtages heute am Mittwoch die Einzelberatung des Haushalts der landwirtschaftlichen Verwaltung fort. Bei den Einnahmen aus der Abgabe von Weizensteuern bei Bierbrennern, die für Preußen 30 Millionen Mark betragen, kam es zu einer lebhaften, teilweise sehr erregten Aussprache über die Richtigkeit und Notwendigkeit der Biersteuern. Der Minister teilte mit, daß die Einnahmen aus den Bierbrennern geleglich zur Förderung der Bierzucht verwendet werden müßten. Zehn Millionen würden zum Ankauf von Desinfektionsmitteln.

Im weiteren Verlauf wurden von mehrheitspolitischen Seite Besuchen über die Deutsche Getreide-Alt-Ges. vorgebracht, die eigentlich eine neue verkappte Kriegsschuld darstelle. Die Proponenten müßten an die landwirtschaftlichen Genossenschaften übergeben werden.

Bei Beratung des Abschnittes über Wasserläufe außer Ordnung wurde vom Ministerium mitgeteilt, daß eine neue Wasserbauverwaltung Statin eingerichtet werden würde, die Direktion Hannover werde eingesetzt.

Der bedeutendste Antrag, der die Beilegung der gesamten Zwangsirtschaft auch in Preußen betraf, wurde mit 16 gegen 13 Stimmen abgelehnt; vier Abgeordnete des Zentrums stimmten mit den sozialistischen Parteien. Das Gew. (Ztr.) erklärte namens der Reichstags des Zentrums, daß man jetzt noch keine Entscheidung treffen könne. Die Aufhebung der Zwangsirtschaft in Getreide hänge von der weltwirtschaftlichen Lage und von der Ernte ab.

Das Abstimmungsresultat wurde von den sozialistischen Parteien mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Mit 15 gegen 11 Stimmen abgelehnt wurde der sozialistische Antrag, der die Sicherstellung eines solchen Preisniveaus von Lebensmitteln zu Preisen verlangte, bei der Erzeugung der minderbemittelten Bevölkerung gewährleistet.

Der neue Sachlieferungsvertrag.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Der jetzt veröffentlichte Wortlaut des neuen Sachlieferungsvertrages abkommens mit der Reparationskommission bedeutet feinerlei Umkehrhaltung. Er hält sich in den Grenzen der bisherigen Mitteilungen. Es ist nur natürlich, daß die komplizierte Frage der Wiederherstellung praktisch zu einer großen Anzahl von Abkommen führt. Dennoch wird es nicht ganz leicht sein, aber alle diese Regelungen ein klares Bild zu behalten.

Der neue Sachlieferungsplan hebt das Abkommen von Wiesbaden nicht auf, sondern es erweitert jenen ersten Vertrag nur. Dabei ist zu berücksichtigen, daß das hier vorgelegene System des freien Handels zunächst für Frankreich keine Anwendung findet. Der Verkehr mit Frankreich ist in seinen Formen durch die Wiesbadener Abmachungen geregelt, was natürlich nicht ausschließt, daß man früher das Verfahren des neuen Vertrags auch auf Frankreich ausdehnt, sofern sich keine Umstellung leichter vollziehen als der etwas starre Rahmen im Wiesbadener Vertrag. Die größte Sorge der Industrie ist ja die, daß die auf Wiederherstellung des freien Handels geleiteten Waren nun einfach von Entente-Männern auf den Weltmärkten weiterveräußert werden und der deutschen Ausfuhrindustrie, die durch die Erhöhung der Steuertarife, die Einführung der Goldzölle und der sonstigen neuen Steuern in Deutschland und der dadurch bedingten Rohstoffsteigerungen ohnehin schwer befallen ist, noch weiter das Wettbewerbsfeld einschränken. Im Wiesbadener Abkommen ist die klare Bestimmung enthalten, daß Reparationsleistungen auch ihrer wirtschaftlichen Bestimmung ungeachtet werden müssen. Der neue Vertrag bestimmt, daß die ausgeführten Waren ausschließlich im Gebiete des beteiligten Wertensitzes verwendet oder verarbeitet werden dürfen, daß aber ihre Wiederausfuhr ausgeschlossen ist. Auch sonst hat man durch die Einführung der Ausfuhrkontrolle und der Genehmigungsfrist der Reparationsleistungen allerhand Kanäle geschaffen, um dem freien Wiederausfuhr zu steuern. Die Kriegswirtschaft hat sich in den letzten Jahren der Welt bewiesen, daß gegen die Schwächen und Schäden der Weltbewirtschaftungen und ungewirtschaftlichen Maßnahmen letzten Endes nicht viel helfen. Es kommt eben darauf an, den Handelsverkehr wieder auf die Grundlage des alten soliden Kaufmanns zu stellen, der mit seinem persönlichen Ansehen dafür haftet, daß unlaute Geschäfte nicht getätigt werden. Von diesem Idealstandpunkt aus wird freilich weiter denn je entfernt. Aber so sehr man die Tarife auch belagern muß, so kann man ihrem Wesen nach die Welt stillstand gebieten. Die Reparationsleistungen werden ihnen ganz gehen müssen, und man darf nur erwarten, daß die deutschen Industriellen und Kaufleute sich rechtlich bemühen, allen unzureichenden Mängeln, die etwa von der Entente her durch den durch rücksichtslose Aufhebung entgegen zu wirken.

Aber man darf fernerhin verlangen, daß in dieser Frage alle beteiligten Kreise sich des gemeinsamen vaterländischen Interesses entsinnen, und nun nicht gegen die Regierung einen Feldzug entfesseln, der die germanische Position schwächen müßte. In diesem Sinne muß es bedauern, daß der industrielle Stand und die deutsche Reichstagsabg. Dr. Reichert in internationalen Kritik über die Verträge herfällt, ohne politisch auch nur einen anderen möglichen Weg anzudeuten. Der Herr heißt jenen bekannten Interessenvertreter, der sich vor ihm am radikalsten Mitglieder seines Verbandes orientiert.

Es ist ihm aber auch Männer, die nur ihre berechtigten Interessen-Andeutungen vertreten, in die Parlamente geschickt werden. Weitens nützen sie gerade den wohlverstandenen Interessen der Berufstätigen, die sie zu vertreten vorgeben, am allerwenigsten. Es schaden durch ihre Einseitigkeit und durch ihren interessenmäßigsten abgrenzten politischen Horizont. Wenn Herr Dr. Reichert freilich nicht, so verkennt er die internationale Lage vollkommen. Das von ihm hervorzuheben Sollens der neuen Vereinbarung hätte uns längst in den Abgrund gebracht. Um Deutschland am Leben zu lassen, bedarf es auch noch einer politischen Psychologie und einer abwägenden Taktik. Dinge, von denen Herr Dr. Reichert nicht einen ebenso umfangreichen wie inhaltlichen Kritik keinesfalls Vorlesung zu haben scheint. Besonders verwerflich ist diese rein neugierige Opposition aber dann, wenn sie behauptet, selbst mit Unwahrscheinlichkeiten zu operieren. So behauptet der genannte Herr, daß Deutschland 700 Millionen Goldabgaben und 1450 Millionen Goldmarken (Schulden) an „anerbotten“ habe. Das ist irrig, die Reparationskommission hat im Gegenteil viele in dem betreffenden Begrenzungen auch noch als zu hoch bezeichnet.

Weiter muß Herr Dr. Reichert in seinem hier amögenen Artikel einräumen, daß der freie Verkehr einige Vorteile bietet, gleichwohl aber daß er zu seiner Abkehrung. Entzerrt rührt er wiederum die Vorteile des Wiesbadener Abkommens, das wenigstens die deutsche Sachlieferungen nur für die Wiederherstellung in Natur ausgeführt werden wollte. Aber in allem kommt der Herr Sanditus natürlich zum Schluß auf einen löblichen Reiz.

Es ist selbstverständlich klar, daß eine verantwortungsbewusste Reichspolitik sich nicht mit solchen Kritiken ausein-

andererseits kann. Aber im Interesse der deutschen Industrie muß es beflagt werden, daß sie die Führung ihrer Geschäfte...

Der Ruf nach Sparsamkeit.

Reichstag 178. Sitzung.

Berlin, 2. März.

Die Interpellation der Deutschen Volkspartei auf eine bessere Versorgung der Kriegseingesetzten und Kriegseinschreibenden...

Als die Reichstagskommission für die Angelegenheiten der Kriegseingesetzten...

Als Schloß (bn.). Die Rede des Abgeordneten Schloß...

Als Dr. Cremer (D. Wp.). Die Sparsamkeit muß auf alle Ministerien ausgedehnt werden...

Schamitzkes würde die Verwertung nur noch komplizierter machen. Es wird genügen, wenn die Regierung...

Rechner nimmt dann die Beamten seines Ministeriums gegen den Vorschlag...

Das ist nicht die allgemeine Aussprache. Damit verliert die allgemeine Aussprache...

Fällt das Reichsmietengesetz?

Heute findet im Reichstag die namentliche Abstimmung über das Reichsmietengesetz statt. Wie die „Dona“ aus...

Deutsches Reich.

Die Auseinandersetzung zwischen Staat und Hohenzollern. Wie die „S. Z. am Mittag“ meldet, haben die Vertreter...

Rechnung der Reichsrenten. Die Reichsrenten sind im Reichstag...

Der Interessenschutz des Geschäftsbetriebs. Die Reichstagskommission...

Das Rennwettgesetz. Dem Reichstag ist vom 2. Ausschusse der Entwurf...

Welche Darstellung ist wahr?

Nach einem Bericht der „Allgemeinen Zeitung“ vom 1. März soll der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei...

1. Abg. Dr. Hugo hat der Abstimmung nicht beigefügt, sondern an ihr teilgenommen...

Der Oberpostdir. Krümer soll dann weiter hieraus gefolgert haben...

Hierzu sei vorläufig, da Herr Dr. Schreiber kurzzeitig abwesend...

1. der volksparteiliche Abg. Dr. Hugo an der einstimmigen Abstimmung...

2. der volksparteilichen Abgeordneten Dr. Becker, Dr. Scholz und Dr. Richter...

Wegen der dieser öffentlichen Feststellung ist bisher von keinem der vier volksparteilichen Abgeordneten...

Weiter ist erwähnenswert, daß der volksparteiliche Abg. Dr. Kaufmann...

Im vorliegenden Falle scheint Herr Dr. Kaufmann aber eine Korrektur...

Im vorliegenden Falle scheint Herr Dr. Kaufmann aber eine Korrektur...

Im vorliegenden Falle scheint Herr Dr. Kaufmann aber eine Korrektur...

Die Stille Forderung.

Eine bairische Hartleben-Geminnung bringt die „Deutsche Journalistik“...

Bekanntlich hat der gute Otto Erich sich in diesem einflussreichen Berliner...

Man hat sich hartleben offenbar von seinen teuren Kleinhabereigenschaften...

dazu gehabt. Deshalb durfte man umso gespannter sein, wie das Urteil...

Triumphe der drahtlosen Empfangstechnik.

Der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie ist es jetzt gelungen, mit einem sehr feinen, transportablen Empfangsapparat...

helt gelang es auch zum ersten Mal, die Zeichen einer nicht übermäßig starken...

Binnenländer mit dem Dostortel. Ostarr. B. S. von der Berliner...

N. Hans. Hans. Hans. Hans. Hans. Hans. Hans. Hans. Hans. Hans. Hans.

Im von Reich des Stadtkomitee in Unruhe aufzuleben, während der...